

MP/ME 1 von 7

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 25. Jänner 1985
Stubenring 1
Telefon 75 00 Telex 111145 oder 111780
Auskunft Schachinger

Zl. IV-50.972/2-1/85

Klappe 6413 Durchwahl

An das
Präsidium des
Nationalrates

Parlament
1017 Wien

Gesetzentwurf	
Zl. <u>8</u>	-GE/1985
Datum <u>1985 02 04</u>	
Verteilt d. 5. FEB. 1985 <u>Grossen</u>	

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Bangseuchengesetz geändert wird

H. Havla

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz beehrt sich, einem Beschluß des Nationalrates folgend, 24 Exemplare des Entwurfes einer Novelle zum Bangseuchengesetz samt Vorblatt und Erläuterungen zu übermitteln.

Die Begutachtungsfrist endet am 22. März 1985.

Für den Bundesminister:

H a v l a s e k

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

BUNDESMINISTERIUM FÜR
GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

E n t w u r f

Zl. IV-50.972/2-1/85

B u n d e s g e s e t z
vom, mit dem das
Bangseuchengesetz geändert wird.

Der Nationalrat hat beschlossen:

Artikel I

Das Bangseuchengesetz, BGBl.Nr. 147/1957, zuletzt geändert durch das Bundesgesetz BGBl.Nr. 214/1981, wird wie folgt geändert:

§ 19 Abs. 2, 3 und 4 lautet:

"(2) Die Ausmerzentschädigung beträgt für jedes Rind 2.850 S (Grundbetrag). Zu diesem Grundbetrag kommt für Rinder aus Bergbauernbetrieben ein Betriebszuschlag von 950 S und für Herdebuchrinder ein Herdebuchzuschlag von 950 S.

(3) Als Bergbauernbetriebe gelten die Betriebe im Sinne des § 2 Abs. 2 des Landwirtschaftsgesetzes, BGBl.Nr. 299/1976.

(4) Der Herdebuchnachweis ist durch Vorlage einer Bestätigung einer von der Landwirtschaftskammer anerkannten Züchtervereinigung zu erbringen."

Artikel II

(1) Dieses Bundesgesetz tritt mit 1. Juli 1985 in Kraft.

(2) Die Ausmerzentschädigung gemäß § 19 Abs. 2 des Bangseuchengesetzes in der Fassung des Art. I dieses Bundesgesetzes ist für Rinder zu leisten, deren Ausmerzungen nach dem 30. Juni 1985 rechtskräftig angeordnet worden ist.

- 2 -

(3) Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist der Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betraut.

BUNDESMINISTERIUM FÜR
GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

Zl.IV-50.972/2-1/85

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Bangseuchengesetz geändert
wird.

V o r b l a t t

Zielsetzung:

Anpassung der Ausmerzentschädigungen.

Lösung:

Entsprechende Änderung der Bestimmungen des Bangseuchengesetzes.

Alternativen:

Keine.

Kosten:

Der durch die Erhöhung der Ausmerzentschädigungen bedingte Mehraufwand wird durch Umschichtung innerhalb der für Entschädigungen nach tierseuchenrechtlichen Vorschriften veranschlagten Budgetmittel gedeckt; daher kein Mehraufwand des Bundes.

BUNDESMINISTERIUM FÜR
GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

Zl. IV-50.972/2-1/85

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Bangseuchengesetz geändert
wird.

E r l ä u t e r u n g e n

Die wirkungsvollste Maßnahme zur Bekämpfung der Brucellose der Rinder (Abortus-Bang) ist die Ausmerzungen der mit Brucellose verseuchten Rinder. Über behördliche Anordnung müssen daher bakteriologisch positive Rinder an Schlachtbetriebe zur Schlachtung abgegeben werden. Für diese Rinder haben die Tierhalter Anspruch auf eine Ausmerzentschädigung aus Bundesmitteln.

Die Ausmerzentschädigung wurde zuletzt mit Bundesgesetz BGBl. Nr.214/1981, mit 2 250 S als Grundbetrag sowie mit je einem Drittel des Grundbetrages für Rinder aus Bergbauernbetrieben als Betriebszuschlag und für Herdebuchrinder als Herdbuchzuschlag festgesetzt.

Im Hinblick auf die Entwicklung der Preise für Schlachtrinder und für die Wiederbeschaffung der Rinder ist eine Anpassung der Ausmerzentschädigungen gerechtfertigt. Durch den vorliegenden Gesetzesentwurf sollen daher die Ausmerzentschädigungen um den Durchschnittswert von 24,9% erhöht werden.

Diese Änderung des Bangseuchengesetzes soll gleichzeitig zum Anlaß genommen werden, die Umschreibung der Bergbauernbetriebe und den Herdebuchnachweis zu vereinfachen.

- 2 -

Infolge der günstigen Entwicklung der Seuchenlage findet der durch die Erhöhung der Ausmerzentschädigungen erforderliche Mehraufwand im Gesamtbetrag der für die Bekämpfung von Tierseuchen zur Verfügung stehenden Mittel des Bundes seine Bedeckung. Es entsteht daher für den Bund kein finanzieller Mehraufwand.

